

Ohr, Renate; Lang, Peter

Article — Digitized Version

Währungssystem, Inflation und Beschäftigung: Eine ökonometrische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ohr, Renate; Lang, Peter (1982) : Währungssystem, Inflation und Beschäftigung: Eine ökonometrische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 10, pp. 515-520

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135732>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Währungssystem, Inflation und Beschäftigung

Eine ökonometrische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland

Renate Ohr, Peter Lang, Bochum

Die konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist derzeit durch einen anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit bei nur geringen Fortschritten in der Bekämpfung der Inflation gekennzeichnet. Diese Konstellation ist auf den ersten Blick schwer erklärbar, da nach weitläufiger Ansicht „steigende Preise im Grunde nicht zu sinkender Beschäftigung passen“¹. Statt dessen wird zumindest kurzfristig ein „Trade-off“ in der Art angenommen, daß ein geringerer Beschäftigungsgrad der Preis für ein höheres Maß an Preisstabilität ist bzw. ein stärkerer Preisanstieg mit einer geringeren Arbeitslosigkeit verbunden ist². Ist dieser Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung für die Bundesrepublik gegenwärtig nicht (oder gar generell nicht) aktuell? Haben Veränderungen im Weltwährungssystem Einfluß auf die Beziehung zwischen Beschäftigung und Inflation? Welche wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen lassen sich daraus ziehen?

Die Diskussion um den Zusammenhang zwischen Preisentwicklung und Beschäftigungsgrad hat ihren systematischen Anfang in der im Jahre 1958 von Phillips vorgelegten statistischen Untersuchung über eine Abhängigkeit zwischen der Lohnentwicklung und dem Beschäftigungsvolumen in Großbritannien für den Zeitraum vom 1861 bis 1957³. Aus seinen Zeitreihen leitet Phillips eine stabile, nicht lineare, negative Relation zwischen der Änderung der Tariflöhne und der Arbeitslosenrate ab. Stellt man seine empirischen Daten in einem Koordinatensystem dar und legt man eine der wirklichen Datenverteilung bestmöglich angepaßte Regressionskurve durch das Streuungsdiagramm, so erhält man die sogenannte „originäre Phillipskurve“ (Abb. 1).

Werden andere Einflußgrößen konstant gehalten, so beschreibt die Phillipskurve in Form einer substitutiven Beziehung einen direkten Zusammenhang (Trade-off) zwischen Lohnentwicklung und Beschäftigung. Phillips selbst erklärt den (nicht linearen) Kurvenverlauf durch den Marktmechanismus einerseits und die „keynesianische Starrheit“ der Löhne andererseits⁴: Bei hoher Auslastung des Produktionspotentials und damit ange-

spannter Arbeitsmarktlage (niedrige Arbeitslosigkeit) führen die Marktkräfte durch den „Nachfragesog“ zu steigenden Preisen und Löhnen. Bei sinkender Gesamtnachfrage und entsprechend sinkender Arbeitskräftenachfrage (hohe Arbeitslosigkeit) verringert sich zwar der Anstieg der Löhne, doch verhindert der Widerstand der Gewerkschaften einen *proportionalen* Rückgang des Lohnwachstums. Eine *absolute* Senkung der Geldlöhne ist nur bei recht hoher Arbeitslosigkeit zu erwarten, da Produktivitätsfortschritte und Preissteigerungen ein Geldlohnwachstum auch bei sinkender Beschäftigung zunächst noch ermöglichen.

Die Analyse der Phillipsrelation wurde jedoch schon bald auf den Zusammenhang zwischen *Preissteigerungsrate* – anstelle der *Lohnsteigerungsrate* – und dem Unterbeschäftigungsniveau ausgedehnt. Der Übergang wird zum einen damit gerechtfertigt, daß viele der die Löhne beeinflussenden Faktoren (z. B. steigende Gesamtnachfrage, Anstieg der Importpreise) auf ähnliche Weise auch andere Preise determinieren. Zum

Dr. Renate Ohr, 29, und Dr. Peter Lang, 34, sind Wissenschaftliche Assistenten am Lehrstuhl für Wirtschaftslehre insbesondere Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Ruhr-Universität in Bochum.

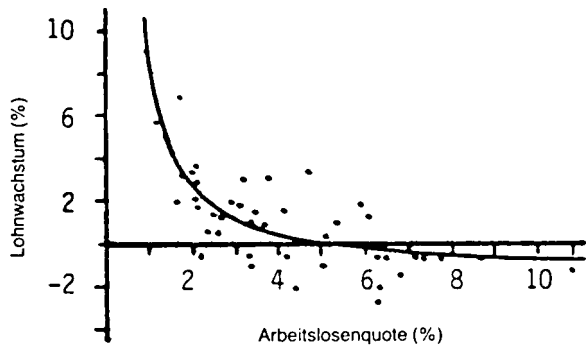
¹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1981/82, S. 70.

² Vgl. J. Siebke: Der Zusammenhang zwischen Preisniveauentwicklung und Beschäftigungsgrad: Die Phillips-Kurve, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Band 23, 1972, S. 289.

³ A. W. Phillips: The Relation Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861-1957, in: *Economica*, Vol. 25, 1958, S. 283-299.

⁴ Vgl. K. W. Rothschild: Die Phillips-Kurven-Diskussion, in: E. Nowotny (Hrsg.): Löhne, Preise und Beschäftigung, Frankfurt 1974, S. 21.

Abbildung 1
Phillipskurve 1861-1957



anderen werden die Löhne als eine entscheidende Bestimmungsgröße der Preise angesehen, wenn die Überwälzung von Lohnsteigerungen, die über die Produktivitätssteigerungen hinausgehen, gelingt. Aufgrund der Annahme einer solchen direkten Beziehung zwischen Lohn- und Preisentwicklung wurde die sogenannte „modifizierte Phillipskurve“ theoretisch und empirisch analysiert. Sie beschreibt die gegenseitige Abhängigkeit von Beschäftigung und Preissteigerungen und gilt als bestätigt, wenn empirisch nachweisbar bzw. ökonomisch plausibel ist, daß hohe Arbeitslosigkeit mit geringen Inflationsraten und niedrige Arbeitslosenquoten mit einer hohen Inflation verbunden sind.

Welche ökonomischen Argumente sprechen nun für die Existenz einer solchen substitutiven Beziehung zwischen Inflation und Beschäftigung? Ein Ansatz zur Erklärung des Kurvenverlaufs ist die keynesianische These, daß die Arbeitnehmer mehr am Geldwert ihrer Löhne als an deren wirklicher Kaufkraft (also an den Realöhnen) interessiert sind.

Führt eine expandierende Gesamtnachfrage zu steigenden Preisen, so sinken die Realöhne, da die Nominallöhne aufgrund dieser These nicht proportional angehoben werden (Geldillusion bzw. Unterschätzung der künftigen Inflationsentwicklung), wodurch die Unternehmer geneigt sind, mehr Arbeitskräfte einzustellen: Ein Anstieg der Inflation führt also zu einer sinkenden Arbeitslosigkeit. Ein anderer Ansatz ist die These, nach der im Aufschwung bei zunächst konstanter Inflation mehr Arbeitskräfte nachgefragt werden, diese jedoch nur zu höheren Nominallöhnen eingestellt werden können. Um ihre Gewinnspanne zu halten, wälzen die Unternehmen die so bewirkten Kostenerhöhungen auf ihre Preise weiter: Eine sinkende Unterbeschäftigung zieht also eine höhere Inflation nach sich. Beide Erklärungsversuche führen zum gleichen Ergebnis, nur ist einmal der Preiseffekt dem Beschäftigungseffekt, das andere

Mal der Beschäftigungseffekt dem Preiseffekt vorgelagert.

Beide Hypothesen sind isoliert gesehen nicht inplausibel, doch vernachlässigen sie alle Faktoren, die einen zusätzlichen Einfluß auf die Lohn-, Preis- und Arbeitsmarktentwicklung haben können. Als grundlegende Kritik wird daher von „monetaristischer“ Seite angeführt, daß es unter Berücksichtigung von rationalen *Inflationserwartungen* keinen längerfristigen Trade-off zwischen bestimmten Inflations- und Arbeitslosenraten geben kann⁵. Bei anhaltender Inflation werden danach die Wirtschaftssubjekte weitere Preissteigerungen antizipieren und in entsprechend höhere Lohnforderungen umsetzen. Eine beschäftigungswirksame Reallohnsenkung durch inflationäre Impulse kann daher allenfalls ganz kurzfristig zustande kommen, denn sobald die Geldillusion der Lohnempfänger verlorengeht, wird die sinkende Kaufkraft der Löhne zu steigenden Lohnansprüchen führen, die die Beschäftigung wieder verschlechtern (Preis-Lohn-Spirale): Auf sehr kurze Frist kann also eine Phillips-Beziehung bestehen, doch verschiebt sie sich auf längere Sicht erwartungsbedingt auf höhere Niveaus von Arbeitslosigkeit und Inflation, d. h. sie ist instabil⁶.

Weitere Zweifel gegen einen eindeutigen stabilen Phillips-Zusammenhang begründet die Tatsache, daß der beschriebene Trade-off allenfalls zu einer „keynesianischen Nachfrageinflation“ paßt, nicht aber mit einer angebotsinduzierten (Kosten-)Inflation vereinbar ist. Steigen etwa die Preise importierter Vorleistungen an (z. B. durch die drastischen Rohölpreiserhöhungen von 1973/74 und 1979/80), so führt der damit verbundene Kostendruck zu Preissteigerungen im Inland, ohne daß damit eine verbesserte Beschäftigungslage verbunden ist. Im Gegenteil, es können sogar Beschäftigungseinbrüche aufgrund der verschlechterten Ertragslage eintreten. Auch ein verstärkter Verteilungskampf, der zu einem höheren Lohnniveau führt, oder steigende Lohnnebenkosten werden einen wachsenden Anstieg des Preisniveaus induzieren (Lohn-Preis-Spirale), ohne daß sich die Arbeitslosigkeit verringert. Schließlich können strukturelle Veränderungen in der Volkswirtschaft (Einführung arbeitssparender Technologien, Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte, bessere Umschulungsmöglichkeiten) die Beschäftigungslage in die eine oder andere Richtung verändern, ohne zugleich Preiswirkungen auszulösen.

⁵ Vgl. D. Cassel: Inflation, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und -politik, Band 1, 1981, S. 264.

⁶ Vgl. M. Friedman: The Role of Monetary Policy, in: American Economic Review, Vol. 58, 1968, S. 1-17; E. Phelps (Hrsg.): Microeconomic Foundation of Employment and Inflation Theory, New York 1970.

Welche Konstellationen von Inflation und Beschäftigung lassen sich nun für die Bundesrepublik tatsächlich feststellen? Eine Reihe von empirischen Untersuchungen befaßt sich mit der Analyse eines Phillips-Zusammenhangs für den Zeitraum der 50er und 60er Jahre und bestätigt zum Teil für diese Phase einen Trade-off⁷. Seit den 70er Jahren zeigt sich jedoch eine veränderte Situation. Im Vergleich zu den vorausgehenden zwei Jahrzehnten lassen sich nun durchweg höhere Inflationsraten und/oder Arbeitslosenquoten nachweisen. Ob trotzdem noch eine signifikante Wechselbeziehung zwischen Preisentwicklung und Beschäftigung vorliegt, untersucht die folgende empirische Analyse.

Abbildung 2 zeigt anhand von Halbjahreswerten des Zeitraums 1968 bis 1981 die Entwicklung der Beziehung zwischen Lohnwachstum und Arbeitslosigkeit in

der Bundesrepublik⁸. Schon auf den ersten Blick ist ersichtlich, daß sich für den Gesamtzeitraum keine einheitliche Entwicklung abzeichnet. Zugleich offenbart sich eine deutliche Trennung in zwei Phasen, in denen jeweils unterschiedliche Konstellationen zwischen Lohnwachstum und Beschäftigung vorherrschen.

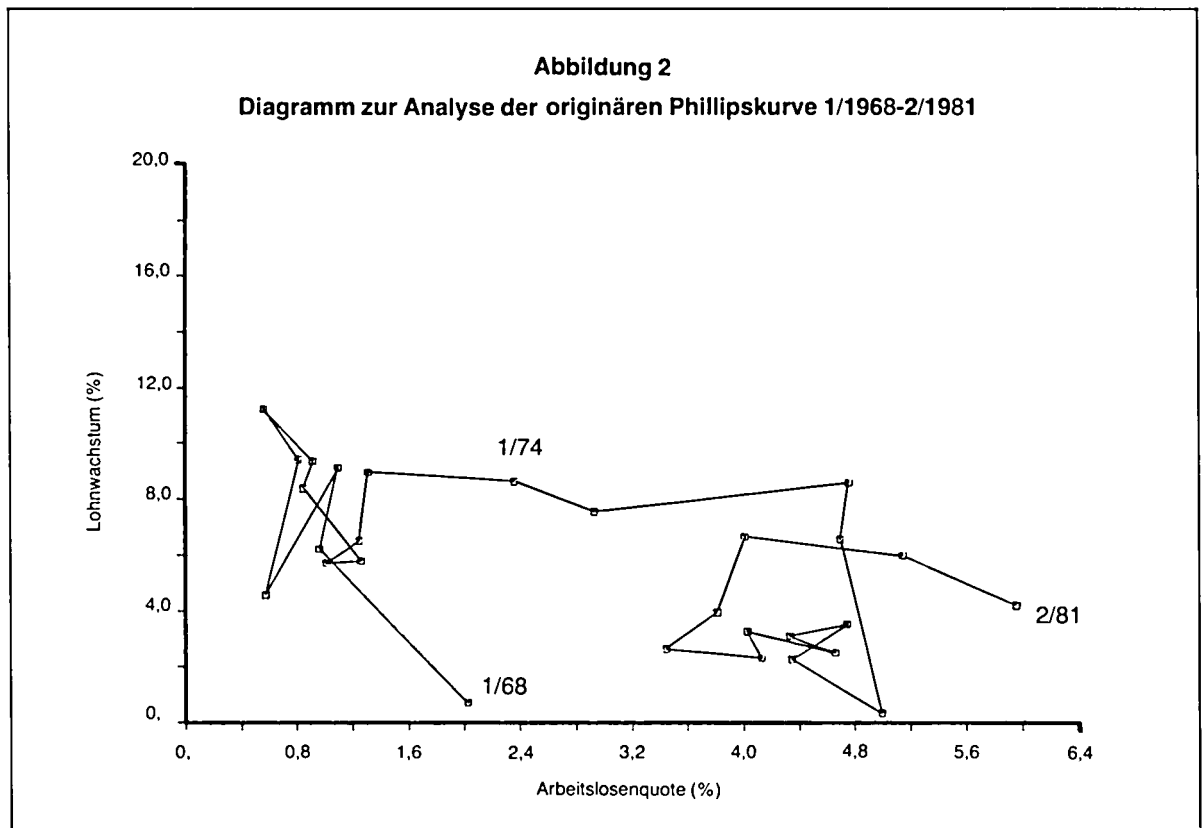
In den Jahren 1968 bis 1973 verbindet sich ein noch relativ hoher Beschäftigungsstand mit einem mittleren bis hohen Lohnwachstum⁹, während im Zeitraum 1975 bis 1981 höhere Arbeitslosenquoten und ein geringeres Lohnwachstum – jedoch in breiterer Streuung – vorliegen. Die Werte von 1974 dokumentieren dagegen eine Übergangsphase sinkender Beschäftigung bei konstanter Lohnentwicklung. Diese Daten dienen als Grundlage der Untersuchung der Frage, ob eine „originäre“ Phillipskurve nachweisbar ist.

Der Zusammenhang zwischen Inflation und Beschäftigung wird für die gleiche Periode in Abbildung 3 wiedergegeben. Auch hier zeigen sich zwei unterschiedliche Trends: Die Jahre 1968 bis 1973 beinhalten eine Phase ständig wachsender Inflation bei mäßiger Unterbeschäftigung, die Jahre 1975 bis 1981 unterschiedliche Preissteigerungsraten bei durchweg höherer Arbeitslosigkeit. Diese Daten dienen der Untersuchung eines „modifizierten“ Phillips-Zusammenhangs.

⁷ Vgl. H. M a n e v a l : Die Phillipskurve, Tübingen 1973; R. B o e l a e r t : Der empirische Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote in den EWG-Staaten, in: H. R a m s e r , B. A n g e h e r n (Hrsg.): Beschäftigung und Inflation, Stuttgart 1977, S. 97 ff.; P. Z a h n : Die Phillips-Relation für Deutschland, Berlin 1973, S. 146 ff.

⁸ Die Daten zur Arbeitslosenquote wurden aus den „Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“, Nürnberg, versch. Jg., entnommen. Das Lohnwachstum wurde durch die Entwicklung der Lohnstückkosten dargestellt und aus den Jahresgutachten des Sachverständigenrates, versch. Jg., entnommen.

⁹ Das hier analysierte Nominallohnwachstum ist allerdings durch die Darstellung anhand der Lohnstückkosten schon um das Wachstum der Arbeitsproduktivität bereinigt.



Eine Analyse der Veränderungen in den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Betrachtungszeitraum könnte nun einen Hinweis auf die Ursache des Strukturbruchs in den ausgewiesenen Konjunkturdaten geben. Zwei einschneidende Ereignisse sind dabei von Bedeutung: Zum einen der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems im Jahre 1973, verbunden mit dem Übergang von festen Wechselkursen zu einem System weitgehenden Floatings; zum anderen die drastischen Rohölpreiserhöhungen von 1973/74 mit ihren negativen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Kosten- und Preisstrukturen.

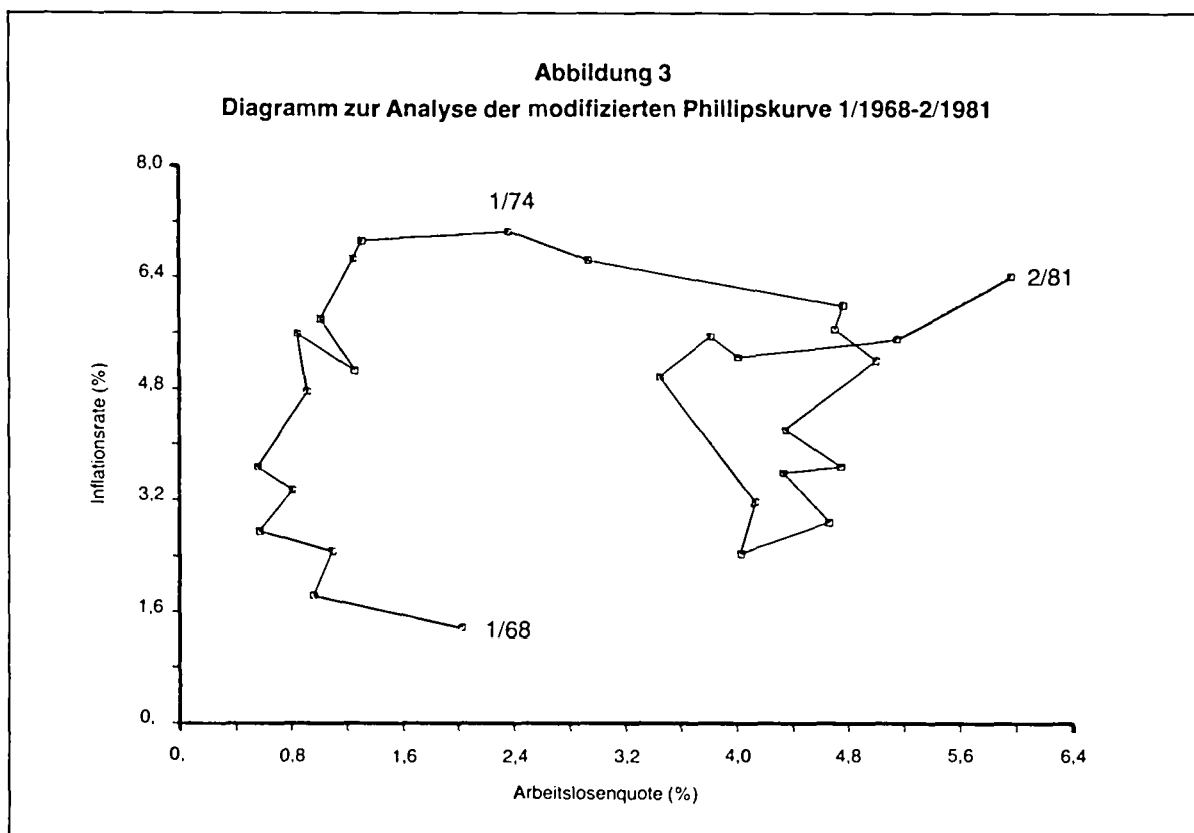
Anhand einer multiplen Regressionsrechnung¹⁰ untersuchten wir für den Gesamtzeitraum 1968 bis 1981 und für die Teilperioden mit festen bzw. flexiblen Wechselkursen (1968 bis 1973 bzw. 1975 bis 1981) den Trade-off zwischen Inflation (INFL) und Beschäftigung sowie zwischen Lohnwachstum (LSK) und Beschäftigung. Bei der Trennung der beiden Teilzeiträume wurde

das Jahr 1974 ausgespart, da es offensichtlich eine Übergangsphase der Verarbeitung externer Störimpulse repräsentiert, die bezüglich der Diagnose eines Phillips-Zusammenhangs als untypisch zu charakterisierbar ist¹¹. Die traditionelle Analyse des „modifizierten“ Phillips-Zusammenhangs wurde dadurch erweitert, daß als zusätzliche unabhängige Variable zur Bestimmung der Inflation neben der Arbeitslosenquote (ALQ) die Entwicklung der Importpreise (IMP) einbezogen wird. Hierdurch berücksichtigten wir den Einfluß der außenwirtschaftlichen Komponente auf die inländische Inflation. Zugleich wurden damit nicht nur nachfragebedingte, sondern auch angebotsinduzierte inflationäre Impulse erfaßt. Als zusätzliche Erklärungsgröße für das Lohnwachstum geht neben der Arbeitslosenquote noch die Inflationsrate ein. Diese Erweiterung der traditionellen „originären“ Regressionsanalyse offenbart unter Umständen Hinweise auf eine Preis-Lohn-Spirale. Damit wird die Analyse der ursprünglich monokausalen Trade-offs ersetzt durch multikausale Hypothesen, so daß der Begriff der „Phillipskurve“ im strengen Sinne nicht mehr verwendet werden dürfte. Um eine zusätzliche Begriffsbildung zu vermeiden, bezeichnen wir die erweiterten Beziehungen jedoch nach wie vor als Phillipskurven.

Die quantitative Analyse weist recht unterschiedliche Ergebnisse für die Schätzung der „originären“ bzw. der

¹⁰ Die Berechnungen erfolgten unter Verwendung von MARFO. Vgl. B. E r i c h s o n : MARFO – ein interaktives Programm zur Durchführung von Regressions- und Prognoserechnungen. Arbeitspapiere des Seminars für angewandte Wirtschaftslehre, Nr. 11, Ruhr-Universität Bochum, Bochum 1982.

¹¹ Es wurden Halbjahreswerte gewählt, da für diesen Zeitraum die Datenbasis bei Jahreswerten zu klein ist, um statistisch signifikante Ergebnisse liefern zu können.



„modifizierten“ Phillipskurvenrelation auf. Für den Gesamtzeitraum besteht kein signifikanter Trade-off zwischen Inflation und Unterbeschäftigung (kein eindeutiges Vorzeichen des Regressionsparameters aufgrund des hohen Standardfehlers sowie niedriger t-Wert), jedoch eine signifikante negative Korrelation zwischen Lohnentwicklung und Unterbeschäftigung. Der Zusammenhang zwischen Inflation und Importpreisentwicklung sowie Lohnentwicklung und Inflation wird jeweils bestätigt.

Für die Phase fester Wechselkurse ergeben sich ähnliche Resultate. Allerdings ist die substitutive Beziehung zwischen Löhnen und Arbeitslosigkeit stärker als im Gesamtzeitraum (eine bestimmte Lohnerhöhung ist nun mit einem vermehrten Rückgang an Arbeitslosigkeit verbunden). Zudem geht die Inflation in einem geringeren Maße in die Lohnbestimmung ein, d. h. die Geldillusion ist in dieser Phase noch relativ hoch.

Die Periode flexibler Wechselkurse weist dagegen entscheidende Veränderungen auf. Der Zusammenhang zwischen Preissteigerung und Arbeitslosigkeit ist nun (auf einem Signifikanzniveau von 90 %) positiv, eine Konstellation, die dem Phillips-Theorem total widerspricht. Zugleich ist eine eindeutige Beziehung zwischen Lohnentwicklung und Beschäftigung nicht mehr signifikant nachweisbar, d. h. auch der „originäre“ Phillips-Trade-off kann hier nicht mehr bestätigt werden. Der Regressionsparameter des Einflusses der Inflation auf die Lohnentwicklung liegt nun nahe bei 1 – ein Zeichen für eine nahezu vollständige Abwesenheit von Geldillusion! Dies bedeutet, daß die Inflation weitgehend antizipiert und in den Lohnforderungen berücksichtig

wird. Für die Inflation hat die Importpreisentwicklung gegenüber der Phase fester Wechselkurse an Bedeutung verloren (der Regressionsparameter beträgt nun 0,095 gegenüber 0,22). Dies spricht für einen Erfolg des Floatings bei der Bekämpfung der importierten Inflation. Eine Einbeziehung der Jahre 1973/74 in den Zeitraum flexibler Kurse verändert dieses Resultat, indem der Einfluß des Ölpreisschocks die Abschirmwirkung des Floatings dominiert und statistisch ein strengerer Zusammenhang zwischen Inflation und Importpreisentwicklung in Erscheinung tritt¹². Da jene extreme Steigerung der Importpreise jedoch unabhängig vom Wechselkurssystem war, wäre die ökonomische Interpretation eines stärkeren Einflusses der Auslandspreise, der aufgrund solcher Daten ermittelt wurde, nicht sinnvoll.

Die insgesamt niedrigen Korrigierten Bestimmtheitsmaße zeigen schließlich für alle betrachteten Zeiträume eine relativ breite Streuung der empirischen Werte um die geschätzten Funktionen an. Trotz dieses Befundes lassen sich die gewonnenen Ergebnisse ökonomisch interpretieren.

Als Argument für feste Wechselkurse wird zuweilen die These angeführt, daß in einem solchen Währungssystem sowohl die Arbeitgeber als auch die Gewerkschaften ein Interesse an einer stabilitätsorientierten Preis- und Lohnpolitik haben, da diese der eigenen Volkswirtschaft über niedrige Exportpreise Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten verschaffen und damit die Beschäftigung und das Wirtschaftswachstum erhöhen¹³. Dies wird aus Konstellationen niedriger Inflations- und Arbeitslosenraten in den 50er und frühen 60er Jahren geschlossen. Allerdings wirkten in dieser Zeit noch die speziellen Sondereinflüsse der Wiederaufbauphase mit einem hohen Arbeitskräftebedarf, der historisch bedingten starken Inflationsangst und der hohen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität, die nur

¹² Dies wird z. B. in der Analyse Holtfreichs deutlich, der als Abgrenzungszeitraum für flexible Wechselkurse die Jahre 1970 bis 1979 wählt. Vgl. C.-L. Holtfreich: Wechselkurssystem und Phillipskurve, in: Kredit und Kapital, 15. Jg., 1982, S. 65-89.

¹³ Vgl. ebenda, S. 78.

Resultate der multiplen Regressionsanalyse^{1,2}

Gesamtzeitraum 1/1968 bis 2/1981	Feste Wechselkurse 1/1968 bis 2/1973	Flexible Wechselkurse 1/1975 bis 2/1981
$INFL = 3,78 + 0,042ALQ + 0,11IMP$ (1,32) (0,50) (0,15) (0,03) '8,03' '7,63' '0,29' '3,89' $R^* = 0,343$	$INFL = 4,61 - 0,90ALQ + 0,22IMP$ (1,66) (1,43) (1,30) (0,10) '2,52' '3,23' '0,69' '2,23' $R^* = 0,22$	$INFL = 0,30 + 0,83ALQ + 0,095IMP$ (1,0) (2,02) (0,44) (0,04) '4,81' '0,15' '1,89' '2,56' $R^* = 0,37$
$LSK = 5,18 - 1,02ALQ + 0,75 INFL$ (2,19) (1,36) (0,24) (0,26) '11,51' '3,81' '4,24' '2,86' $R^* = 0,44$	$LSK = 10,06 - 4,48ALQ + 0,44INFL$ (2,23) (2,51) (1,72) (0,36) '4,39' '4,00' '2,61' '1,23' $R^* = 0,38$	$LSK = 0,62 - 0,22ALQ + 0,96INFL$ (2,05) (4,12) (0,97) (0,49) '2,07' '0,15' '0,23' '1,95' $R^* = 0,14$

¹ (-) : Standardfehler der Gleichung bzw. der geschätzten Koeffizienten;
 '...' : F-Wert der Gleichung bzw. empirische t-Werte der Koeffizienten;
 R^* : Korrigiertes Bestimmtheitsmaß.

² Die Berechnungen erfolgten unter Verwendung von MARFO.

zum Teil in die Löhne weitergegeben wurden. Ende der 60er Jahre wandelte sich jedoch dieses Bild, und die Nachteile fester Wechselkurse konnten deutlich werden. Auch in diesem Zeitraum ist durchweg eine niedrigere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen als in der späteren Phase des Floatings. Doch führte die importierte Inflation trotz restriktiver Bemühungen der Geldpolitik zu einer Beschleunigung der inländischen Inflation, in deren Gefolge auch die Löhne anstiegen, da die Gewerkschaften keine Verteilungsnachteile durch einen Netto-lohnanstieg unter dem Produktivitätszuwachs mehr akzeptierten. Eine Eindämmung der Inflation hätte in dieser Phase nur noch durch eine extrem restriktive Geld- und Fiskalpolitik erzielt werden können, die zu deutlichen Beschäftigungseinbrüchen geführt hätte.

Entsprechend wird oft die These vertreten, daß die Einführung flexibler Wechselkurse eine inflationäre Lohn- und Preispolitik fördert, da im internationalen Vergleich hohe Inflationsraten durch eine kaufkraftparitätisch bedingte Abwertung zu keinem Wettbewerbsnachteil im Außenhandel führen¹⁴. Hieraus wird gefolgert, daß bei flexiblen Wechselkursen sogar eine stärkere substitutive Beziehung zwischen Inflation und Beschäftigung vorliegt als bei besten Wechselkursen: Ein Abbau der Arbeitslosigkeit sei vor allem von binnenwirtschaftlichen Faktoren abhängig und somit nur bei höheren Löhnen und Preisen möglich.

Im Gegensatz dazu ist jedoch nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems zunächst über mehrere Jahre hinweg ein eindeutiger *Abbau* der hohen Preissteigerungsraten nachweisbar. Der kurzzeitig damit einhergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit ist weitgehend auf allgemeine weltwirtschaftliche Stagnationstendenzen und vor allem auf den Rohölpreisschock von 1973/74 zurückzuführen, der die volkswirtschaftliche Kostensituation dramatisch verschlechterte.

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 79.

Die empirischen Daten legen die Vermutung nahe, daß in den letzten Jahren vor allem weltwirtschaftlich bedingte Faktoren – wie die Rohstoffpreiserhöhung – die Inflation und die Arbeitslosigkeit zeitweise gleichermaßen gesteigert haben. Dagegen scheint der binnenwirtschaftlich erklärbare negative Trade-off zwischen Löhnen, Preisen und Beschäftigung zur Zeit ausgeschaltet. Damit läßt die ökonometrische Analyse auch den Schluß zu, daß sich in diesem Betrachtungszeitraum die Bedingungen für eine preisstabilitätswahrende Beschäftigungspolitik verbessert haben. Eine geringere Unterbeschäftigung ist nicht mehr mit höheren Löhnen oder Preisen korreliert.

Auch wenn diese Entwicklung nicht eindeutig dem Einfluß flexibler Wechselkurse zuordenbar ist, sondern ebenso durch andere gleichzeitige außenwirtschaftliche Faktoren bedingt sein kann, bietet das Wechselkurssystem doch eine mögliche Erklärung an: Eine geldwertstabilisierende Politik führt im System flexibler Wechselkurse zu einer Aufwertung der eigenen Währung, die die Inlandspreise der Importe senkt. Daraus ergeben sich, insoweit als Vorleistungsprodukte importiert werden, kostensenkende Effekte, die zu einer verbesserten Rendite und infolgedessen zu einer Ausdehnung der Produktion führen können. Die Rahmenbedingungen für eine Kombination von Preisstabilisierung und positiven Beschäftigungseffekten haben sich verbessert.

Die zu Anfang diagnostizierten derzeit hohen Werte von Inflation und Arbeitslosenquote widerlegen diese These nicht, da die außerordentlich tiefe Weltrezession gegenwärtig größere nationale Stabilitätserfolge verhindert. Die im internationalen Vergleich relativ gute Position der Bundesrepublik kann jedoch als Hinweis auf einen dennoch beachtlichen Stabilitätserfolg angesehen werden, der im System fester Wechselkurse weitaus schwieriger – wenn überhaupt – zu erreichen gewesen wäre.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)l)

REDAKTION:

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A., Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

VERTRIEB:

manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 30 07 624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement DM 80,- (Studenten: 40,-)

VERLAG UND HERSTELLUNG:

Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Wünsch, 8430 Neumarkt/Opf.